

Aus: **Ausgabe vom 10.10.2018**, Seite 8 / Ansichten

# Falsch gemacht

## Ungleichheitsreport von Oxfam

Von Nico Popp

So geht erfolgreicher Kampf gegen Ungleichheit: Zelte von Obdachlosen im Berliner Regierungsviertel

Foto: Kay Nietfeld/dpa



Die Hilfsorganisation Oxfam – Wahlspruch: »Für eine gerechte Welt. Ohne Armut« –, die auch in der Bundesrepublik mit einer Filiale vertreten ist, hat am Dienstag ihren »Commitment to Reducing Inequality Index 2018« (CRII) veröffentlicht. Sie will damit im globalen Aufriss zeigen, welche Regierungen wie entschieden »Ungleichheit reduzieren«. Denn Ungleichheit, findet Oxfam, ist ein Ergebnis »falscher Politik«; man könne es, soll das heißen, auch »richtig« machen, ohne alles anders zu machen. Dem Dokument lässt sich vor allem entnehmen, wie man die Klassengesellschaft und ihre politischen Betreuer besser nicht kritisiert.

In der Bundesrepublik, so stand es erst vor wenigen Tagen im Verteilungsbericht des DGB, verfügen die 67.000 reichsten Erwachsenen über mehr Nettovermögen als 59 Millionen andere Landeskinder. Das reicht für einen der Spitzenplätze in der Liga der Ungleichverteilung, muss Oxfam aber entgangen sein: Der politischen Führung der BRD bescheinigt die Organisation ganz ernsthaft großen Elan im Kampf gegen soziale Ungleichheit; und zwar einen so entschiedenen, dass das Land nach Dänemark und vor Finnland auf Platz zwei des CRII landet.

Die Auflösung: Oxfam interessiert sich nicht für die materielle Realität der Eigentumsordnung, sondern für staatliche Ausgaben, Steuern und Rechtsfragen, und zwar jeweils im Verhältnis zu den Gepflogenheiten in anderen Ländern. In der Bundesrepublik wird absolut und relativ mehr für Bildung, Gesundheit und Soziales ausgegeben als in Haiti – dafür gibt es eine gute Note. Reiche zahlen tatsächlich Steuern? Das langt für Platz sechs in der Abteilung »progressive Steuerpolitik«. Gewerkschafter »verschwinden« nicht wie in Kolumbien bei Nacht und Nebel? Platz vier bei den »Arbeitnehmerrechten« ist sicher.

Zu kritisieren hat Oxfam dennoch etwas: Die Bildungsausgaben etwa seien viel zu niedrig; betrachte man deren Anteil an den Gesamtausgaben isoliert, lande die Bundesrepublik auf

Platz 142 von 157. Man müsse dringend in »chancengerechte, qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Bildungssysteme« investieren. Auch die Progressivität des Steuersystems und damit eine von Oxfam unterstellte »abmildernde Auswirkung« auf die Einkommensungleichheit habe seit Ende der 1990er Jahre spürbar abgenommen. Und auch die »Arbeitnehmer« haben nicht nur gut lachen: Die Einführung des Mindestlohns sei angesichts des großen Niedriglohnsektors dringend erforderlich gewesen; mit 8,84 Euro pro Stunde sei er aber viel zu niedrig.

Nimmt man Diagnose und Kritik zusammen, ergibt sich ein trauriges Angebot an kritische Köpfe: Versteht grundsätzlich falsch, welchen Zweck ein Staat hat, stellt immerzu politische Anträge an ihn, die auf diesem Missverständnis beruhen – und ärgert euch dann mit uns über die Ergebnisse. Es ist allerdings ganz falsch anzunehmen, dass dieses Verfahren eine Spezialität von Oxfam ist. Eine Linkspartei funktioniert grundsätzlich nicht anders.